

Chinas Atomkraftwerksprogramm

Atomkraftwerke, die bereits ans Netz gegangen sind				
	Größe	Reaktor	Finanzierung	Fertigstellung
Qingshan	300 MW	chinesisch	chinesisch	1991
Daya Bay	2x900 MW	französisch	gemischt	1994
Atomkraftwerke in Bau				
Qingshan 2	2x600 MW	chinesisch	chinesisch	2003
Qingshan 3	2x700 MW	kanadisch	gemischt	2003/4
Ling'Ao	2x985 MW	französisch	französisch	2003/4
Lianyungang	2x1.000 MW	russisch	gemischt	2004

Quelle: SCMP, 8.12.96

Eine Reihe weiterer Kraftwerke sind im Bau bzw. in der Planung, wobei ausländische Finanzierung und Technologie eine herausragende Rolle spielt. Im Gegensatz zu den konventionellen Kraftwerken ist vielen privaten Investoren jedoch das Risiko bei Atomkraftwerken zu hoch; auch die Weltbank hält sich mit der Finanzierung solcher Kraftwerke zurück. (SCMP, 8.12.96)

*(23)

Kritische Einkommensentwicklung

Obwohl es der chinesischen Regierung gelungen ist, die Inflation auf 6,6% bis zum 3. Quartal 1996 abzubremesen, hinkt das Wachstum des durchschnittlichen städtischen Haushaltseinkommens weit hinter dem gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstempo hinterher. So stieg das durchschnittliche Einkommen der Haushalte real lediglich auf 3.249 Yuan bzw. um 3,5% in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Für einen Teil der städtischen Bevölkerung ist sogar eine negative Einkommensentwicklung zu verzeichnen. Eine Untersuchung des Statistikamtes in den 35 größten Städten zeigt, daß das reale Einkommen von 40% der städtischen Haushalte zurückgegangen ist. Der Lebensstandard für einen nicht unerheblichen Anteil der Bevölkerung in den Städten hat sich demnach verschlechtert.

Daß viele Städter die Einkommensausichten für 1996 nicht sehr rosig beurteilen, zeigte auch eine kürzlich durchgeführte Umfrage der Zentralbank. Hierbei antwortete jeder sechste Städter, daß er für dieses Jahr mit einem Einkommensrückgang rechne.

Ursache des geringen Einkommensanstiegs bzw. Rückgangs für einen Teil der städtischen Haushalte sind insbesondere die steigenden Verluste der

Staatsbetriebe, die ihren Beschäftigten kaum noch Lohnerhöhungen einräumen können. Weiterhin führte der Anstieg der Preise für Dienstleistungen, vor allem der Heizkosten, Telefon und Transportdienstleistungen, zu einer stärkeren Kostenbelastung für die Städter. (SCMP, 24.11.96)

Für die städtischen Konsumenten wird sich vor allem der Anstieg der Heizkosten zum Ende des Jahres hin auf die Lebenshaltungskosten auswirken. Weiterhin wurden die Gebühren im städtischen Nahverkehr sowie im Schienen- und Luftverkehr angehoben, bei den letztgenannten Transportarten durch den Wegfall der bisherigen Sonderstellung von Inländern gegenüber Ausländern. Bisher hatten die Ausländer hier doppelt so hohe Preise zu bezahlen wie die Chinesen. Auch die Telefongebühren haben sich stark erhöht durch Einführung einer Taktzeit für Ortsgespräche; dagegen sind die Preise für Ferngespräche um 30% gesenkt worden. (SCMP, 3.12.96; XNA, 3.12.96; HB, 11.12.96)

Wie eine kürzliche Untersuchung der Sofres Consulting zeigt, sind die Ausgaben für öffentliche Versorgungsdienstleistungen, die vor Beginn der Wirtschaftsreform nur sehr gering waren, für die städtischen Haushalte erheblich gestiegen. Allein im 1. Halbjahr stiegen diese Ausgaben um real 16,5%; die Wohnungskosten erhöhten sich um 30%, für medizinische Versorgung um 23% und für Bildung um 20%. Der Anteil der Ausgaben für öffentliche Versorgungsdienstleistungen an den Gesamtausgaben der städtischen Haushalte im 1. Halbjahr 1996 betrug 17%. Sofres kommt zu der Prognose, daß diese Kosten aufgrund der Preisliberalisierung zumindest in den nächsten zwei Jahren weiter steigen werden. (SCMP, 24.11.96)

Daß die Gefahr einer zunehmenden städtischen Armut besteht, darauf wies die Akademie der Sozialwissenschaften in ihrem "Blue Book on Chinese Socie-

ty 1996-97" hin. Staatliche Verlustunternehmen, die nicht mehr in der Lage sind, den Beschäftigten ihre Löhne ausbezahlen, verschärfen nach Einschätzung der Akademie bestehende soziale Spannungen. Die Akademie warnt in ihrem Bericht vor einer zunehmenden städtischen Armut und einer Ausweitung des Einkommensgefälles zwischen Stadt und Land. (SCMP, 21.12.96)

Vor dem Hintergrund der Inflationsentwicklung haben inzwischen die Arbeitsämter auch die Mindestlöhne für die Arbeiter in den meisten Provinzen angehoben. Die neuen Mindestlöhne sollen den Beschäftigten einen ausreichenden Lebensstandard ermöglichen. Wie das Arbeitsministerium mitteilte, wurde das Niveau für die Mindestlöhne in 12 Großstädten und Provinzregierungen (einschließlich Beijing, Heilongjiang, Sichuan, Guangdong, Shanghai, Jiangsu und Xinjiang) in gemeinsamer Beratung zwischen den Finanzbehörden, den Gewerkschaften und den Unternehmen festgelegt. In den übrigen Provinzen finden noch entsprechende Verhandlungen statt. (XNA, 6.12.96) Die Mindestlöhne schwanken stark je nach wirtschaftlichem Entwicklungsniveau einer Region. So beläuft sich das Niveau der Mindestlöhne in Shenzhen auf monatlich 398 Yuan, während in der wirtschaftlich wenig entwickelten Provinz Gansu lediglich 140 Yuan als Mindestlohn gelten. (SCMP, 6.12.96)

Taiwan

*(24)

Vergeltung für Südafrikas Untreue

Taipeis Außenministerium hat am 14. Dezember seinen Botschafter in Südafrika abberufen und damit gegen

die Wende in Pretorias Chinapolitik protestiert. Wie berichtet (C.a., 1996/11, Ü 19), hatte Präsident Nelson Mandela am 28. November (taiwanesischer Zeit) erklärt, daß seine Regierung die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan am 31. Dezember 1997 abbrechen und dann am 1. Januar 1998 die VR China anerkennen werde. Daraufhin eilte Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) am 3. Dezember nach Südafrika, um zu retten, was noch zu retten war. Nach einem über vierstündigen Gespräch mit Zhang am 4. Dezember sagte Mandela auf einer Pressekonferenz, sein Land werde mit Taiwan "nichtdiplomatische Beziehungen auf höchster Ebene" unterhalten. Taiwan hofft auf bilaterale Konsularbeziehungen oder gegenseitige Repräsentation mit offizieller Bezeichnung und diplomatischem Status.

Nachdem Zhang kein konkretes Ergebnis in Verhandlungen mit seinem südafrikanischen Amtskollegen Alfred Nzo am 5. Dezember erzielen konnte, kündigte er harte Vergeltungsmaßnahmen an, um damit Pretoria zur Beschleunigung der Neuregelung der beiderseitigen Beziehungen unter Druck zu setzen. Neben der Abberufung des Botschafters wurde ein großer Teil der Wirtschafts- und Finanzhilfe Taiwans an Südafrika ab sofort eingefroren. Es handelt sich dabei um 17 Projekte im Gesamtwert von 840 Mio. US\$. Ferner soll der bilaterale Luftfahrtvertrag ab 15. Februar 1997 bis auf weiteres suspendiert werden.

Von den Vergeltungsmaßnahmen ausgenommen sind sechs bereits begonnene Projekte im Gesamtwert von 81 Mio. US\$. Ebenfalls nicht betroffen sind die gemeinsamen Investitionen zwischen Unternehmen beider Seiten. Bislang hat Taiwan insgesamt 1,5 Mrd. US\$ in Südafrika investiert. Über einen beim offiziellen Südafrika-Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Xu Lide (Hsu Li-teh) im November 1996 unterzeichneten Joint Venture-Vorvertrag im Wert von 3,5 Mrd. US\$ soll noch weiter verhandelt werden, heißt es. (LHB und ZYRB, 6. und 17.12.96; FCJ, 6., 13., 20. und 27.12.96) -ni-

*(25)

Konsens zwischen KMT und DPP bei Verfassungsänderungs-Plänen

Vom 23. bis 28. Dezember fand in Taipei eine Nationale Entwicklungskonferenz (*Guojia-fazhan huiyi*) statt, an der

170 Politiker aus den drei großen Parteien sowie parteilose Intellektuelle teilnahmen. Dabei wurden drei große Themen diskutiert: Regierungsform, Wirtschaftsentwicklung und die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße.

In der ersten Frage kam es zu einem brisanten Konsens zwischen der Regierungspartei KMT (Kuomintang) und der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) über grundsätzliche Verfassungsänderungen in bezug auf die Regierungsstruktur. Danach könnte der Staatspräsident im Gegensatz zu den gegenwärtigen Verfassungsbestimmungen ohne Zustimmung des Gesetzgebungsorgan (Parlaments) einen neuen Ministerpräsidenten ernennen und auf Anforderung des Ministerpräsidenten oder im Notfall den Gesetzgebungsorgan auflösen, der wiederum den Ministerpräsidenten durch ein Mißtrauensvotum abwählen kann. Der Gesetzgebungsorgan soll ferner die bislang dem Kontrollorgan zustehenden Rechte erhalten, den Staatspräsidenten und Vizestaatspräsidenten öffentlich anzuklagen zu können (Impeachment), die Regierungsfinanzen zu überprüfen und Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Die Legislativperiode des Legislativorgan soll von drei auf vier Jahre verlängert werden.

Neben dem Kontrollorgan müßte auch die Nationalversammlung Machtverlust hinnehmen. Die ihr in der Verfassung eingeräumten Rechte von "Initiative" und "Referendum" bezüglich Gesetzgebung, die bislang wegen fehlender Durchführungsgesetze noch nicht in der Praxis angewandt worden sind, sollen eingefroren werden. Statt dessen ist die Einführung richtiger Volksentscheide geplant. Auch die Mitglieder der Nationalversammlung sollen in Zukunft statt durch Direktwahl aus den Parteien je nach ihren Ergebnissen bei Wahlen proportional bestimmt werden. Auf Eis gelegt werden sollen ebenfalls Gouverneurs- und Parlamentswahlen der Provinz Taiwan sowie Wahlen von Gemeindeämtern und -abgeordneten. Die Befugnisse der Provinzregierung sollen stark reduziert werden, so daß sie nur noch eine nominelle Rolle spielen würde. (LHB, 28.12.96; FCJ, 4.1.96; ZZ, 3.1.97)

Die geplanten radikalen Verfassungsänderungen brauchen noch eine Abstimmung der Nationalversammlung. Zwar verfügen die KMT und DPP zusammen über die für Verfassungsänderungen be-

nötigte Dreiviertelmehrheit in der Nationalversammlung, aber es gibt in beiden Parteien noch Gegenstimmen zum Plan. Man befürchtet, daß das Verfassungsdilemma hinsichtlich der gemischten Regierungsstruktur zwischen Präsidialsystem und Parlamentarismus durch die geplante Reform nach dem Vorbild der Fünften Republik Frankreichs eher verstärkt als reduziert werden würde. Besonders, wenn das Präsidialamt und die Parlamentsmehrheit in der Hand verschiedener Parteien liegen, wäre der Dualismus unvermeidlich.

Die geplante Schwächung der Provinzregierung Taiwan sehen viele als einen Machtkampf zwischen Lian Zhan (Lien Chan), Vizestaats- und Ministerpräsident in Personalunion, und Gouverneur Song Chuyu (James C.Y. Soong) an. Letzterer hat aus Protest gegen den Plan am 31. Dezember seinen Rücktritt erklärt. Die NP (New Party), eine Splitterpartei aus der KMT, boykottierte den Plan durch Auszug aus der Nationalen Entwicklungskonferenz. Sie ist gegen die Verstärkung der Präsidialmacht und gegen das Bündnis von KMT und DPP zur Abschaffung der Provinz Taiwan, weil dies den Eindruck von Verzicht auf die Einheit Chinas erwecken könnte. Die Mitglieder der NP sind überwiegend "Festländer" - ebenso wie die drei größten "Opfer" des Plans, nämlich der amtierende Präsident der Nationalversammlung, der Präsident des Kontrollorgan und der Präsident der Provinzregierung Taiwan. -ni-

*(26)

Schlechte Noten für die Regierung

Li Denghui (Lee Teng-hui), das alte und neue Staatsoberhaupt nach der letzten Präsidentschaftswahl, hatte bei der Kabinettsumbildung vor einem halben Jahr alle Minister dazu aufgefordert, innerhalb von sechs Monaten Erfolge vorzuweisen. Am 10. Dezember war nun diese Frist abgelaufen, aber die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik eher gestiegen. 33,5% sind nach einer Umfrage der Zhili-Zeitungsgruppe im Dezember 1996 unzufrieden mit der Regierungsleistung, (ZZ, 20.12.96) weit höher als vor anderthalb Jahren (Juni 1995) mit 23,7%; 52,1% sind zufrieden (1995: 60,6%).

Was die persönliche Leistung des Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan) betrifft, ist die Quote der Unzufriedenheit im gleichen Zeitraum von 17,9% auf 32% gestiegen und die der Zufriedenheit von 66,3% auf 55,8% gefallen.

Einer anderen Meinungsumfrage derselben Zeitungsgruppe im November 1996 zufolge ist das Vertrauen der Bevölkerung in Li Denghui von 71,9% (im Mai 1996) auf 56,3% um 15,6% und das in Lian Zhan von 58,5% auf 50% um 8,5% gesunken. Unter den zehn populärsten Politikern Taiwans nahmen der Staats- und der Regierungschef jeweils die 4. bzw. 8. Stelle ein.

Auch die anderen Regierungspolitiker haben im gleichen Zeitraum an Ansehen eingebüßt, einschließlich der ersten drei ganz oben auf der Popularitätsskala: Ma Ying-jiu (Ma Ying-jeou), Minister ohne Geschäftsbereich, von 80,6% auf 76,5%, Chen Shubian (Ch'en Shui-bian), Bürgermeister der Hauptstadt Taipei, von 76% auf 73,6% und Song Chuyu (James C.Y. Soong), Gouverneur der Provinz Taiwan, von 72,1% auf 65,5%. (ZZ, 13.12.96, S.5) -ni-

Hongkong und Macau

*(27)

Weitere Folgen des Preiskrieges unter den Zeitungen in Hongkong

Am 18. Dezember hat wieder ein traditionelles Blatt Hongkongs, die chinesischsprachige *Sing Tao Evening Post*, ihr Erscheinen eingestellt. Das zu der Sing Tao Holdings Ltd.-Gruppe gehörende Abendblatt war 1938 gegründet worden und hatte auf dem Höhepunkt in den 70er Jahren eine Auflage von über 200.000, zuletzt allerdings nur noch 20.000. Zuvor war in diesem Jahr (1996) schon ebenfalls eine Zeitung geschlossen worden - die zur Oriental Press gehörende englischsprachige *Eastern Express*.

Wie berichtet (C.a., 1995/12, Ü 29), war vor einem Jahr ein Preiskrieg unter den Zeitungen Hongkongs ausgebrochen. Mit einer ungewöhnlichen Strategie hatte die erst im Juni 1995 gegründete *Apple Daily* innerhalb weniger Monate eine beachtliche Auflage erreicht. Da sie der *Oriental Daily News* viele Leser weggenommen hatte, schlug diese im Dezember 1995 mit einer drastischen Preissenkung von 5 HK\$ auf 2 HK\$ pro Exemplar zurück, woraufhin andere Zeitungen gezwungen waren, ebenfalls ihre Preise selbstmörderisch zu senken. Die nicht mithalten konnten, mußten schließen - in nur einem Monat gaben fünf Zeitungen auf.

Der Preiskrieg endete erst im September 1996. Nach Schließung der *Sing Tao Evening Post* verbleibt in Hongkong nur noch eine Abendzeitung, die Beijing nahesteht - die "New Evening Post. (AWSJ, FT, 18.12.96) -ni-

*(28)

Haushalt von Macau

Der neue Haushalt von Macau für 1997 beläuft sich auf 9,6 Mrd. Patacas (rd. 1,22 Mrd. US\$), 78 Mio. Patacas (rd. 9,87 Mio. US\$) oder 0,8% mehr als der von 1996. Bei den Gesamtausgaben entfallen 1,5 Mrd. Patacas (192 Mio. US\$) auf Investitionen und Entwicklung, 601,1 Mio. Patacas (78,3 Mio. US\$) auf Soziales und 449,7 Mio. Patacas (57,65 Mio. US\$) auf Infrastruktur. (XNA, 22.12.96)

Das Handelsvolumen in den ersten drei Quartalen 1996 fiel um 3%. Während die Exporte von Januar bis September gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3,1% auf 11,36 Mrd. Patacas (rd. 1,44 Mrd. US\$) abnahmen, gingen die Importe mit 11,72 Mrd. Patacas (1,48 Mrd. US\$) um 3,7% zurück. (XNA, 30.11.96) Im gleichen Zeitraum ist die Touristenzahl um 4,6% auf 6,14 Mio. gestiegen. (XNA, 22.12.96) Die Inflationsrate betrug in den ersten zehn Monaten 4,9%, verglichen mit 8,6% Ende des vorigen Jahres. (XNA, 21.12.96) -ni-